

Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Göteborg (21. Juni 2001)

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 22.03.2001, Nr. 42-3. Berlin: Deutscher Bundesverlag. "Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Göteborg vor dem Deutschen Bundestag am 21. Juni 2001 in Berlin".

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/regierungserklarung_von_bundeskanzler_gerhard_schroder_zu_den_ergebnissen_des_europaischen_rates_in_goteborg_21_juni_2001-de-eba61cd1-8baf-4d5d-b2e4-6fe4ed4c0f82.html

Publication date: 29/11/2013

Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Göteborg vor dem Deutschen Bundestag am 21. Juni 2001 in Berlin

Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

[...]

Von Göteborg geht eine überragende Botschaft aus: Der Erweiterungsprozess der Europäischen Union ist unumkehrbar. Daran kann auch der negative Ausgang des irischen Referendums, den ich bedauere, nichts ändern. Im Gegenteil: Die Verhandlungen zur Erweiterung der EU sind im letzten Halbjahr so gut vorangekommen, dass es in Göteborg möglich war, die Vorgaben von Nizza weiter zu präzisieren. Wir haben uns gemeinsam das Ziel gesetzt, die Beitrittsverhandlungen mit jenen Kandidaten, die bis dahin die Bedingungen erfüllen, zum Jahresende 2002 zum Abschluss zu bringen. Wenn dies gelingt, dann sollte es auch möglich sein, dass die ersten Kandidatenländer als Mitglieder der Europäischen Union an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2004 teilnehmen werden.

Gewiss, diese Zielsetzung ist ehrgeizig. Mit ihr verbunden ist das Bekenntnis zu dem Prinzip, dass jeder Kandidat ausschließlich nach seinen eigenen Leistungen beurteilt wird. Hier bedarf es noch erheblicher Anstrengungen wichtiger Kandidatenländer. Letztlich haben sie es selbst in der Hand, ob das Ziel erreicht wird oder nicht.

Am Montag habe ich mit dem polnischen Ministerpräsidenten Buzek bei unserem Treffen in Frankfurt/Oder unseren gemeinsamen Wunsch bekräftigt, dass Polen das gesteckte Ziel in der ersten Gruppe erreicht. Einfach wird das nicht sein. Aber ich denke, wir werden gemeinsam alles dafür tun, dass Polen seine Chance nutzen kann. Das gilt im Übrigen auch für alle anderen Kandidatenländer. Es hängt von ihnen selbst ab, ob die Fortschritte in den Verhandlungen und bei der Umsetzung des europäischen Regelwerkes ausreichend sein werden.

Ich bin recht zuversichtlich, dass wir die in Göteborg festgelegten Zielvorgaben erreichen werden. Wir haben im ersten Halbjahr erhebliche Fortschritte im Beitrittsprozess verzeichnet. Das ist übrigens nicht zuletzt das Verdienst einer klugen und sachlich orientierten Verhandlungsführung des deutschen Kommissars Günter Verheugen.

Mit der Verabschiedung eines gemeinsamen Standpunktes der Mitgliedstaaten zur Freizügigkeit und zum Kapitalverkehr ist - so denke ich - ein wirklicher Durchbruch gelungen. Ungarn hat als erstes Kandidatenland der siebenjährigen - im Übrigen flexiblen - Übergangsfrist bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit zugestimmt und damit das entsprechende Verhandlungskapitel abgeschlossen. Lettland hat in dieser Woche ebenfalls zugestimmt und ich bin sicher, dass schon bald weitere Länder folgen werden. Damit ist ein wesentliches deutsches, von mir mit besonderem Nachdruck verfolgtes Verhandlungsziel erreicht. Der Erweiterungsprozess kann insgesamt nur gelingen, wenn er auch künftig die Unterstützung der Menschen in unserem Land findet. Eine für beide Seiten auskömmliche Lösung bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit spielt hierbei eine Schlüsselrolle. Ebenso müssen die von der Erweiterung besonders betroffenen Grenzregionen die mögliche und notwendige Unterstützung erhalten, um absehbar schwierige Anpassungsprozesse besser bewältigen zu können.

[...]

Heute leben wir in einem anderen Europa. Spätestens in Nizza ist das soeben gekennzeichnete Konsensmodell an seine Grenzen gestoßen. In einer Union mit jetzt 15 und schon bald 20 und mehr Mitgliedstaaten führt das starre Festhalten an bisherigen Verfahren nur allzu oft dazu, dass wir statt der größten Gemeinsamkeit nur den kleinsten gemeinsamen Kompromiss finden. Das ist zu wenig, wenn wir eine künftig erweiterte Europäische Union politisch führbar halten wollen.

[...]

Mit Göteborg und nicht zuletzt durch das Treffen mit allen Beitrittskandidaten zum Abschluss des Europäischen Rates ist das größere Europa wiederum ein Stück greifbarer geworden. Es ist aber keine Frage: Es ist noch längst nicht Realität. Vor uns liegt ein schwieriger Weg. Unter belgischer Präsidentschaft stehen im zweiten Halbjahr Entscheidungen zur Ausgestaltung der Debatte um die europäische Zukunft an. Gemeinsam müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Dynamik der Erweiterungsverhandlungen erhalten bleibt.